

Neuenbürg
b. H.
jeder Art, auch von
Anfang an:

6 1/2 %
7 %
8 %

hmaschinen



Erleichterte
Zahlungsbedingungen
mit Motor u. Nählicht
Weihnachtswunsch
AKTIENGESELLSCHAFT
zheim

Friedrichstraße 58

zimmer

80 —, Wafkommode mit
145 —, 2 Betten
55 —, Wohnstühle 4 —
16 —, Schuhsch. 7.50

mer (dunkel eichen)
120 —, Auszugstisch
70 —

mer (dunkel eichen)
145 —, Schreib-
62 —, 2 Stühle 35 —
19 —, 19 —

in Weisflad
Tisch m. Nipolum 22 —
3.80

in der
Chr. Kilgus
Tunnelstr. 45 —

achts-Geschenke

ER

eigen Fabrikat.

rsch. Syst. für Rasierding-
men, Rasiermesser,

versilbert.

esser.

r Beruf und Haushalt.
Taschenmesser
Qualität.

sch. (Metzgerei u. Haush.)

nd Schneiderscheren.
sten beim Fachmann

chumacher
Reelle
Preise.
medmeister Pforzheim
bloßberg. Schleiererei.
4051.

Bezugspreis:
Monatlich in Neuenbürg
M. 1.50. Durch die Post
in Orts- und Oberamts-
bezirk, sowie im sonst
tel. Bez. M. 1.80 m. Post-
gebühren. Preise freier
Preis einer Nummer
10 Pf.
In Füllen böh. Gemalt
nicht kein Anpreis auf
Lieferung der Zeitung od.
auf Rückzahlung des
Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle
Poststellen, sowie Agen-
turen u. Konstruktoren
jederzeit entgegen.
Verlagspreis Nr. 4.
Guss-Form Nr. 24
O. N. Buchdruck Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Preis mit Druck und E. Klein'schen Druckerei (Jahres) D. 3.75 m. in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einsp. Zeile oder
deren Raum im Bez. 20,
außerh. 25 J. Zeit. 3.
80 J mit Inf.-Steuer.
Kollekt.-Anzeigen 100%,
Zuschlag. Druck u. Aus-
kunftserteilung 20 J. Bei
groß. Aufträgen Rabatt,
der im Falle des Nach-
verfahrens hinfällig wird,
ebenso wenn Zahlung
nicht innerhalb 8 Tagen
nach Rechnungsdatum
erfolgt. Bei Tarifände-
rungen treten sofort alle
früh. Vereinbarungen
außer Kraft.
Berichtstand für beide
Teile: Neuenbürg.
Für tel. Auftr. wird keine
Gewähr übernommen.

Nr. 291. Montag, den 13. Dezember 1926. 84. Jahrgang.

Politische Wochenrundschau.

Der württembergische Landtag hat in der letzten Woche das Gewerbesteuergesetz in zweiter Lesung erledigt. Der Ausgang war so eigenartig, daß die derzeitige politische Lage mehr als ernst besichtigt werden muß. Die weitestgehenden Widerstandsmaßnahmen der Demokraten, die für den Staatshaushalt einen Einwandsantrag von drei Millionen Mark beiderseits hätten, wurden abgelehnt. Aber auch die meisten und gerade die wichtigsten Widerstandsfragen von Bürgerpartei und Zentrum, die einen Steuerantrag von 15 Millionen Mark ausmachten, verfielen der Ablehnung durch die äußerste Rechte, den Sozialdemokraten, und die äußerste Linke, die Kommunisten und Sozialdemokraten. Auf der anderen Seite wurden Anträge des Bauernbundes auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage mit den höheren Sätzen mit den Stimmen der Kommunisten und der Sozialdemokraten angenommen. Wirklich eine sehr eigenartige Parteigruppierung, Bauernbund zusammen mit Kommunisten und Sozialdemokraten! Seitens der Rechten, sämtlich des Bauernbundes, der zu einem Kompromiß bereit gewesen sein soll, wird der Demokratie die Schuld an dieser absonderlichen Haltung des Bauernbundes zugeschoben, weil diese im Grunde doch gegen die Landwirtschaft und die Regierung gehet habe. Die Demokratie ihrerseits wirbt der Regierung vor, daß sie bauernfreundlicher, aber industriell und handelsmäßig sei; also Kontorziele haben wie drüben, dabei der mangelnde Wille, zu einem einigermaßen befriedigenden Einverständnis zu gelangen. Im gegenwärtigen Landtag ist ohne den Bauernbund so gut wie nichts zu erreichen. Bei den vielen Reden der letzten Woche ist viel Vorjargon verschlagen worden, und die Parteien haben nun in dieser Woche, in der Landtagssitzung ist, Zeit, sich den Schanden zu bedenken und zu überlegen, was sie am 15. und 16. Dezember bei der dritten Lesung und Schlussabstimmung über das Gewerbesteuergesetz tun wollen. Die Aussichten sind nicht rosig. Zentrum und Bürgerpartei lassen verlauten, daß das Gewerbesteuergesetz in seiner jetzigen Fassung nach den Beschlüssen der zweiten Lesung unannehmbar sei, das das Gewerbe zu hart belastet werde, und daß sie daher in der Schlussabstimmung nicht zustimmen könnten. Der Bauernbund verweigert sich aber weiter den Beschlüssen der mit ihm zu einer Fraktion zusammengefügten Bürgerpartei und beharrt auf seiner Stellungnahme von der zweiten Lesung. Bei dieser Sachlage ist es, da zudem die Regierung keineswegs gewillt ist, ihren Entwurf zurückzugeben, nicht ausgeschlossen, daß der Gewerbesteuerkompromiß in der Schlussabstimmung von allen Parteien abgelehnt wird, von den einen, weil er zu hart, von den anderen, weil er nicht weitgehend genug ist. Als Folge kommt dann nur eins in Betracht: Rücktritt der Regierung. Da bei den gegenwärtigen Partei-Verhältnissen im Landtag eine andere Regierungsbildung gar nicht anzuhängen käme, wäre die weitere Folge nur die Landtagsauflösung. Die Parteien haben noch eine halbe Woche Zeit, sich in einem Kompromiß, ohne den es im Leben nun einmal nicht geht, zu verständigen oder dem württembergischen Volk als höchstes Weihnachtsgeschenk eine Regierungsbildung zu beschreiben. Wenn das Wohl des ganzen Landes höher steht als das unmittelbare Parteinteresse, kann die Entscheidung nicht immer fallen.

In der Außenpolitik des Reiches sind unsere Kräfte noch demotiviert, was am Montag die Ratssagung des Völkerbundes ihren Anstoß genommen hat. Von besonderer Wichtigkeit sind vor allem die inoffiziellen Verhandlungen der Außenminister über die Frage der Abberufung der internationalen Militärkontrollkommission in Deutschland. Von Deutschland ist diese Frage in den Vordergrund gerückt worden, wobei man die Auffassung vertritt, daß ein automatisches Inkrafttreten des bestimmten Investitionssystems des Völkerbundes nach Aufhebung der Militärkontrollkommission ohne ausdrückliche Erlaubnis Deutschlands keineswegs erfolgen könne. Ein Vermittlungsvorschlag von Chamberlain scheint nun den deutschen Wünschen Rechnung zu tragen. Die Aufhebung der Kommission soll in etwa 2-3 Wochen erfolgen. Soweit sich aber die Entwaffnungskommission in Paris gedrängt werden, möglichst rasch zu berichten, wie weit die Entwaffnung Deutschlands vorgeschritten ist. Um dies festzustellen, bereist zur Zeit ja auch der französische General Weid noch einmal ganz Deutschland. Er wie die Militärkommission in Paris werden wenig guten Willen haben, ihre Tätigkeit zu beschleunigen und den Wünschen der Völkerbundstaaten Rechnung zu tragen. Fest steht in Ost bis jetzt nur das eine, daß die an Stelle der Militärkontrollkommission tretende Völkerbundkontrolle keine künftige sein wird, sondern nur auf besonderes Verlangen vom Völkerbundamt einzuweisen ist.

Deutschland.

Stuttgart, 11. Dez. Das Mitglied der sozialdemokratischen Partei, Karl Müller (Heuerbach), ist mit sofortiger Wirkung aus der Partei ausgeschlossen worden. Müller hat an der von der kommunistischen Partei Deutschlands vorbereiteten Delegation nach Ausland teilgenommen. Müller wird nun vorgeworfen, er habe Versammlungen gehalten mit dem ausgebrochenen Sozialismus in die Reihen der sozialdemokratisch orientierten Arbeiterschaft zu tragen. In verschiedenen Versammlungen habe er die eigene Partei und ihre Führer in der gefährlichsten Weise verunglimpft und verleumdete.
Dessau, 11. Dez. Zwischen dem Herzoglichen Dausie und dem anhaltischen Staat wurde vorbehaltlich der Genehmigung des anhaltischen Staatsministeriums folgender Vertrag abgeschlossen: Das Herzogliche Dausie überträgt dem anhaltischen Staat 11 000 Morgen Wald und die Schiffer in Dessau, Wörlitz, Oranienbaum, Quilman bei Dessau, sowie wertvolle Wälder und Wäldchen. Dafür übernimmt der anhaltische Staat die Pensionen und die Hinterbliebenenversorgung des anhaltischen Herzoglichen in Höhe von etwa 700 000 Mark jährlich.
Berlin, 11. Dez. Reichsminister Dr. Brüning hat an Dr. Stresemann folgendes Telegramm gerichtet: „Zur Vereinfachung

des Nobel-Friedenspreises spreche ich Ihnen meine und der ganzen Reichsregierung aufrichtigste Wünsche aus. Wenn auch das Ziel der von Ihnen seit Jahren erfolgreich durchgeführten Außenpolitik vornehmlich die baldige und endgültige Befriedung unseres Vaterlandes ist, so erblicke ich in dieser Auszeichnung das Kennzeichen der Weltfriedlichkeit, daß die deutsche Mitarbeit an der Weltpolitik zugleich dem Frieden der ganzen Erde diene.“
Das württ. Handwerk zur neuen Gewerbesteuer.
Von der Arbeitsgemeinschaft des württ. Handwerks wird uns folgendes mitgeteilt: Nachdem die richtige Handwerker-Versammlung in der Stadthalle in Stuttgart im Landtag lebhaft kritisiert wurde, hat die Arbeitsgemeinschaft des württ. Handwerks am 6. Dezember die Sachlage beraten und beschlossen, folgende Erklärung zu veröffentlichen: Wir stellen fest, daß die Steuerkündigung des Handwerks mit seiner politischen Partei insgesamt im Zusammenhang steht. Gerade der richtige Maßstab zeigt mit aller Deutlichkeit, daß namentlich über die Steuererhöhung eine tiefgehende Unzufriedenheit in den Kreisen des Handwerks herrscht. Diese Tatsache klar und bestimmt in aller Öffentlichkeit festzustellen, war die Aufgabe des dazu beauftragten Redners, des Herrn Reichswehrmeisters und Landtagsabgeordneten Deme-Lübbers. Einmütig wurde von den Vertretern der Organisationen des Handwerks beschlossen, daß die Ausführungen des Herrn Deme in der Stadthalle rückhaltlos die volle Anerkennung des gesamten württembergischen Handwerks finden, wie auch festgestellt wurde, daß der Versammlungsleiter, Herr Stadtrat Wolf-Stüttgen, in durchaus sachlicher Weise seines Amtes gewaltet hat. Die Arbeitsgemeinschaft des württ. Handwerks stellt nun in letzter Stunde nochmals fest, daß nach den Durchschnittssteuerberechnungen der Handwerkerkammern Heilbronn, Stuttgart und Ulm auf der Grundlage des Regierungsentwurfs das Gewerbesteuerfaktum für die Angehörigen des Handwerks sich gegenüber dem Vorjahr um das Mehrfache erhöhen würde. Die Arbeitsgemeinschaft des württ. Handwerks hält deshalb an den von seinen Organisationen aufgestellten Forderungen um Gewerbesteuerentwurf fest, insbesondere an einer härteren Milderung bei der Staffelform über die Ausdehnung des persönlichen Arbeitsdienstes. Bei der Steuerkündigung des Handwerks ist nicht nur gegen die höhere Gewerbesteuerbelastung Stellung genommen worden, sondern es wurde im Zusammenhang auf die hohe Gesamtsteuerbelastung mit aller Deutlichkeit hingewiesen. Angesichts der tödlich bei den Handwerkerkammern einsetzenden Steuerbeschwörungen und Klagen über zu hohe Steuerbelastung war es nicht nur das Recht, sondern die Pflicht der Vertretung des Handwerks, in einer öffentlichen Kundgebung die Auffassung des Handwerks, ohne Rücksicht auf irgendwelche parteipolitische Forderungen, zum Ausdruck zu bringen. Wenn während dieser Versammlung von einzelnen Seiten unzulässige Ausdrücke gefallen sind, so muß es verstanden werden, daß bei einer 8-10 000köpfigen Versammlung der Versammlungsleiter bei bestem Willen nicht verhindern kann, wenn einzelne Ausdrücke gefallen sind, die auch von der Vertretung des Handwerks in keiner Weise gebilligt werden.

Justizminister Beverle über die „Regierungsstrie“.
In einer Veranlassung in Ulm erklärte Justizminister Beverle, daß er nicht glaube, daß die Gewerbesteuerentwurf an einer Regierungsbildung führen werde. Wenn allerdings das Gesetz abgelehnt würde, dann würde die Regierung zurücktreten müssen. Er glaube jedoch, daß es bei dem vernünftigen Einverständnis der Koalitionsparteien gelingen werde, einen Kompromiß für die gemeinsame Annahme des Gesetzes zu finden.
Lohnstreitigkeiten in der württ. Textilindustrie.
Die Lohnstreitigkeiten in der württ. Textilindustrie haben dem Schlichtungsamt durch Veranlassung gegeben, am 1. Dez. zwei Schiedssprüche zu erlassen. Durch den ersten Schiedsspruch wurde festgestellt, daß der alte Tarifvertrag wieder anzuwenden sei, der zweite Schiedsspruch stellt den alten Tarifvertrag, wie er bis zum Juni d. J. in Kraft war, wieder her, was praktisch einer Lohnerhöhung um fünf Prozent gleich kam. Der den Tarifvertrag betr. Schiedsspruch wurde von Arbeitnehmerseite abgelehnt, die Arbeitgeber lehnten den Schiedsspruch aber die Lohnerhöhung ab. Die Arbeitnehmerseite beantragte nun beim Schlichter verbindliche Erklärung für den zweiten Schiedsspruch betr. des Lohnabkommens. Am vergangenen Mittwoch sand vor dem Schlichter die Verhandlung statt. Der Schlichter hat den Schiedsspruch nun als verbindlich erklärt. Von der Verbindlichkeitsklärung werden ungefähr 80 000 Arbeiter betroffen.
Wirth gegen Scholz.
Weimar, 11. Dez. Bei einer Kundgebung des Reichstagners Schwarz-rot-Gold in Jena hielt der bekannte Zentrumspolitiker Dr. Wirth eine Rede, in der er sich gegen die Rede Dr. Scholz in Jena wandte. Die Rede des Führers der Deutschen Volkspartei sei angeht als einseitig und unvollständig zu bezeichnen, und es sei daher kein Wunder, daß die Stimmen der Außenpolitik Dr. Stresemann, nämlich Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum Stresemann die Freundschaft kündigten. Ueberhaupt sei die Erklärung, daß für die Volkspartei eine Koalition mit den Sozialdemokraten „niemals“ in Frage komme, nicht angebracht, da der Vorstand hierfür, die angeblich unzulässige Verhandlung über das Arbeitsgesetz, nicht zuständig sei. Es wäre geradezu verwerflich, wenn man das Arbeitsgesetzproblem zur Zeit aufstellen wollte, da dieses nur zur Aufrechterhaltung sozialer Gegensätze führen würde. Daher sei auch der Gedanke eines „Reich-Bürger-Bundes“ auf das Schärfste zu verurteilen. Ein Bürgerbund würde die wertvollen Volkspartei nur in neue Abhängigkeit vom Staat hinstellen. Ueberdies bedeute der Bürgerbund eine Wunde Unterwerfung unter das einseitige Mandat der Reichspartei, was dem Ziel des deutschen Nationalismus gleichkomme. Den sozialen Reaktionen rufe er deshalb zu: „Ihr seid die Parteien, wir sind die Idealisten!“ Für den Erfolg seines eigenen Programms

zitierte Wirth zum Schluß die Umgestaltung der Zentrumspartei, bei der es ihm gelungen sei, sie zu einer christlichen, sozialen Volkspartei zu machen.

Wieder Generalstabmarshall und Generaloberst.

Berlin, 11. Dez. Reichspräsident von Hindenburg hat die neuen Bestimmungen über das Rang- und Vorgesetztenverhältnis der Soldaten der Reichswehr genehmigt, die an Stelle der bisherigen Bestimmungen von 1920 treten. Danach sind in der Rangklasse der Generale wieder die Dienstgrade des Generalstabmarshalls und der Generalobersten aufgenommen, die in den alten Bestimmungen nicht vorhanden waren, durch die Beförderung des Generals v. Seekt zum Generalobersten aber eine Lösung, welche die Aufhebung der Militärkontrolle in Deutschland vorseht.

Weihnachtsbeihilfen für Reichsbahn und Post.

Berlin, 11. Dez. Nachdem die Frage der Weihnachtsbeihilfen für die Reichsbeamten so weit geklärt ist, ist wie U. A. H. erwähnt, damit zu rechnen, daß die Reichsbahn sich der Regelung des Reichs anschließen wird. Das Direktorat hat den Mitgliedern des Verwaltungsrates eine entsprechende Randfrage vorgelegt und darum gebeten, sie bis zum 15. d. M. zu beauftragen. Auch die Reichspost wird sich dem Vorgehen des Reiches anschließen. Ihre Beihilfe wird ebenfalls aus eigenen Mitteln getragen.

Ausland.

Bukarest, 11. Dez. Königin Maria von Rumänien hat durchgeleitet, daß sie am Heiligabend des Prinzen Nikolaus in den Heiligabendstern kommt.

Der Entscheidungsgang in Genf.

Genf, 11. Dez. Die Entscheidung über die Aufhebung der internationalen Militärkontrollkommission liegt nunmehr bei den alliierten Außenministern, die ihren Bescheid auf Grund des Berichtes der Vorkonferenz vom Freitag zu fällen haben. Die Kompetenz der Vorkonferenzkonferenz beschränkt sich auf die Feststellung, inwiefern Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt hat. Falls die Vorkonferenzkonferenz feststellt, daß in zwei Punkten bisher eine Durchführung der Entwaffnungsbedingungen nicht erfolgt ist, so können die alliierten Außenminister demnach die Aufhebung der internationalen Militärkontrollkommission beschließen, falls in den Verhandlungen mit den deutschen Stellen eine Klärung über die beiden verbliebenen Punkte erfolgt ist.

Ein Reichstakt der Tschechenabwehr.

Paris, 11. Dez. Der polnische Außenminister Jozefi macht in dem dem Vertreter des wegen seiner Deutschfeindschaft bekannten „Journal des Debats“ Ausführungen über die deutsch-polnischen Beziehungen: Der polnische Außenminister soll, wie das Blatt meldet, erklärt haben, daß er nicht eine gewisse Unruhe über gewisse Reden verbergen könne, die für die deutsche deutsche Staatsämter gehalten hätten. Besonders bedauerte Jozefi, daß Dr. Stresemann in seiner Reichstagsrede eine Unterbrechung zwischen der Samierung der Welt- und Chapeaux Deutschlands gemacht habe. Er habe, so führte Jozefi weiter aus, gehofft, der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund solle bedeuten, daß das Reich den Völkerbundvertrag mit allen seinen Verpflichtungen, besonders diejenigen, die territoriale Unverletzlichkeit und politische Unabhängigkeit der Völkerbundstaaten zu respektieren, übernommen habe. Er müsse aber gestehen, daß sich bis jetzt keine Hoffnung nicht verwirklicht habe. Der Versailles Vertrag habe Polen seinen einzigen Quadratmeter deutschen Gebietes gegeben (?). Zudem habe Polen nicht alles wieder erlangt, was ihm ebenfalls gebührt habe. Die von der deutschen Propaganda beanpruchten Gebiete seien von ethnographischen Standpunkt aus rein polnisch, ebenso wie die im Dorsen Polens gelegenen Gebiete (?). Die Haltung der deutschen Staatsämter, so schloß der polnische Außenminister, schade sehr der Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen Polen und Deutschland. Die Schwierigkeiten bei den Handelsvertragsverhandlungen seien zu einem guten Teil auf die Reden der deutschen Staatsämter zurückzuführen.

Eine Erklärung Fochs.

Paris, 11. Dez. Wie der „Matin“ mitteilt, erklärte gestern vormittag während der Verhandlung mit General Gough im internationalen Militärkomitee von Versailles dem Anstich militärischer Berater der Vorkonferenzkonferenz Marschall Foch: „Wenn der Versailles Vertrag Deutschland berechtigt, die Befestigungen von Königsberg, in ihrem augenblicklichen Zustand“ beizubehalten, so bedeutet das, daß die Unterhaltung und Instandhaltung dieser Befestigungen, aber erst recht alle Verbesserungen und Erweiterungen strikt unterliegt sind. — Die unangenehme Haltung Fochs und Jules Cambons hat in Genf einen unruhigen Eindruck hervorgerufen.

Die Feiern der Nobelpreisträger.

Stockholm, 10. Dez. Im großen Saale des Konserthansees fand heute die Feier der Nobelpreisträger statt. Unter den Teilnehmern befanden sich der König von Schweden, sowie die Mitglieder der Regierung. Prof. Sahlin, Vorkonferenz des Vorkonferenzkonferenz hielt die Willkommensrede. Aus den Händen des Königs empfingen die Professoren Franz, Berg, Hammarby und Ebelberg ihre Preise und Diplome. An Stelle von Bernhard Svan, der nicht erschienen war, nahm der englische Gesandte in Stockholm den Literaturpreis für 1925 entgegen. Abends fand im Grandhotel ein Festessen zu Ehren der Preisträger statt. Morgen gibt der König ein Festmahl.

Aus Stadt und Bezirk.

Neuenbürg, 12. Dez. Als Vertrauensarzt wurde am Freitag in gemeinsamer Sitzung der Amtsanwaltschaft für Neuenbürg und den Wägen, Ortskrankenkasse Neuenbürg für beide

